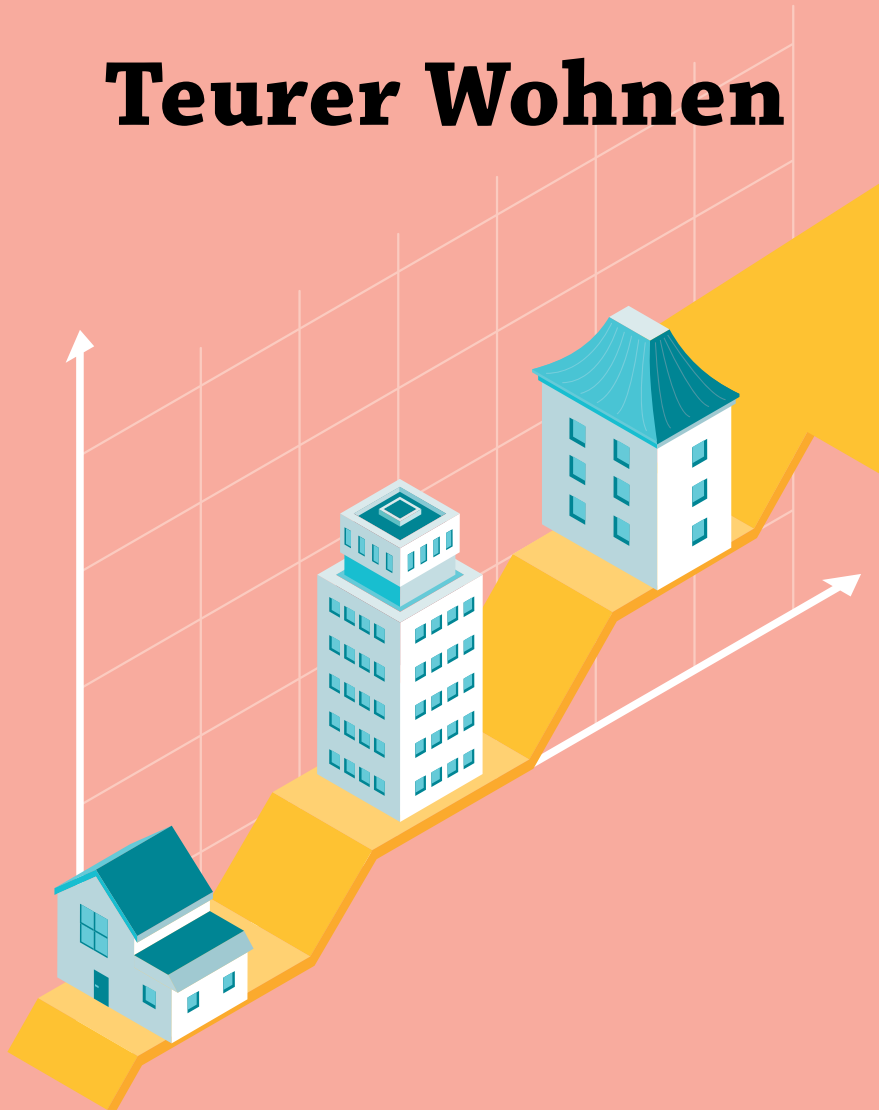


# Teurer Wohnen



**Immobilien.** Sowohl die Wohnungsmieten als auch die Kaufpreise für Häuser und Eigentumswohnungen sind in Deutschland 2025 weiter gestiegen. Das wesentliche Problem besteht darin, dass der Bau von Wohnimmobilien nicht mit der Nachfrage Schritt hält. Darauf verweist im iwd-Interview auch Aygül Özkan, Hauptgeschäftsführerin des Zentralen Immobilien Ausschusses. Um mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen zu können, fordert sie unter anderem, Baustandards auf ein sinnvolles Maß zu beschränken und die Grunderwerbsteuer zu senken. —> [Seiten 2-5](#)

## Europäische Union

Im Handel mit einigen Dienstleistungsgütern ist die EU stark von den USA abhängig. Doch auch diese sind auf das Dienstleistungsgeschäft mit Europa angewiesen.

—> [Seiten 6-7](#)

## Baden-Württemberg

Auch wenn das Bundesland wirtschaftlich noch gut dasteht, muss sich die kommende Regierung in Stuttgart um die Zukunft der Industrie kümmern.

—> [Seite 8](#)

# Mieten? Kaufen? Zahlen!

**Immobilien.** Sowohl die Mieten als auch die Kaufpreise für Wohnimmobilien in Deutschland sind im Jahr 2025 gestiegen. In der Höhe des Aufschlags unterscheiden sich die größten deutschen Städte allerdings teils erheblich.

Wer in Deutschland wohnen oder Eigentum besitzen wollte, musste im vergangenen Jahr tiefer in die Tasche greifen. Das zeigt der IW-Wohnindex, der seit 2024 viermal im Jahr anhand der Auswertung von mehreren Millionen Inseraten für Wohnungen und Häuser die Entwicklung auf dem Immobilienmarkt nachzeichnet. Demnach fielen die Mieten und die Kaufpreise für Eigentumswohnungen 2025 jeweils rund 4 Prozent höher

aus als Ende 2024, die Kaufpreise für Ein- und Zweifamilienhäuser stiegen um fast 3 Prozent.

Zumindest bei den Kaufpreisen relativiert der Blick über das Vorjahr hinaus die Lage aber etwas (Grafik):

**Verglichen mit dem Höchstwert von Anfang 2022 waren die Kaufpreise für Eigentumswohnungen zuletzt um knapp 7 Prozent niedriger, jene für Ein- und Zweifamilienhäuser um rund 9 Prozent.**

Für Mieten gilt dieser Befund jedoch nicht, ihr Aufwärtstrend setzt sich ungebrochen fort. Im vierten Quartal 2025 lagen sie im Durchschnitt bereits um fast ein Fünftel über dem Niveau von Anfang 2022, im Vergleich zum dritten Quartal 2025 erhöhten sie sich um rund 1 Prozent. Am stärksten stiegen sie im vergangenen Jahr mit 4,8 Prozent im Umland der sieben größten deutschen Städte. In den Metropolen selbst entwickelten sich die Mieten recht unterschiedlich (Grafik Seite 3):

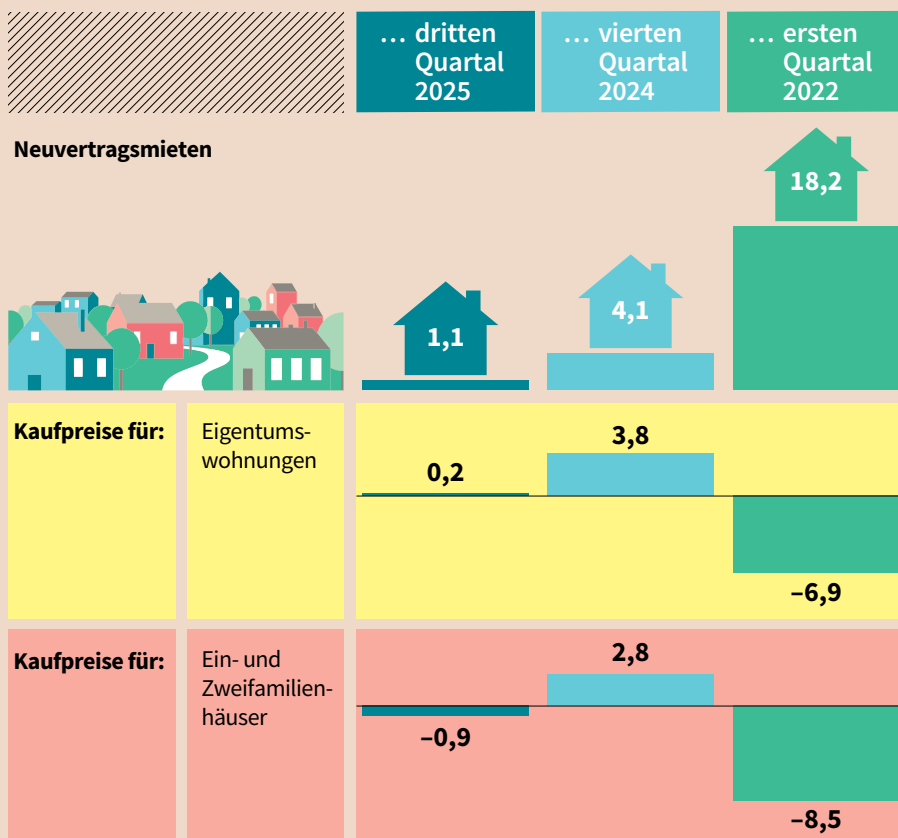
**In Köln legten die Mieten 2025 gegenüber dem vierten Quartal 2024 um 7,6 Prozent zu, in Berlin nur um 0,7 Prozent.**

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Kaufpreisen, deren Zuwachs nur in München (0,7 Prozent) und Stuttgart (1,1 Prozent) geringer war als in Berlin (1,8 Prozent). Am anderen Ende des Rankings stand vor Köln mit einem Plus von 4,9 Prozent nur Dortmund, wo Immobilienkäufer zuletzt 5,5 Prozent mehr bezahlen mussten.

Um ein differenziertes Bild über die Entwicklung in den verschiedenen Regionen der Bundesrepublik zu bekommen, teilten die IW-Forscher im aktuellen Wohnindex die Städte zudem anhand ihrer wirtschaftlichen Bedeutung, Einwohnerzahl, infrastrukturellen Ausstattung und der Rolle im Immobilienmarkt in vier verschiedene Gruppen ein. Sowohl im Miet- als auch im Kaufsegment sind demnach die Preise am stärksten in Städten gestiegen, die nicht zu

## Immobilienmarkt: So entwickeln sich Mieten und Kaufpreise

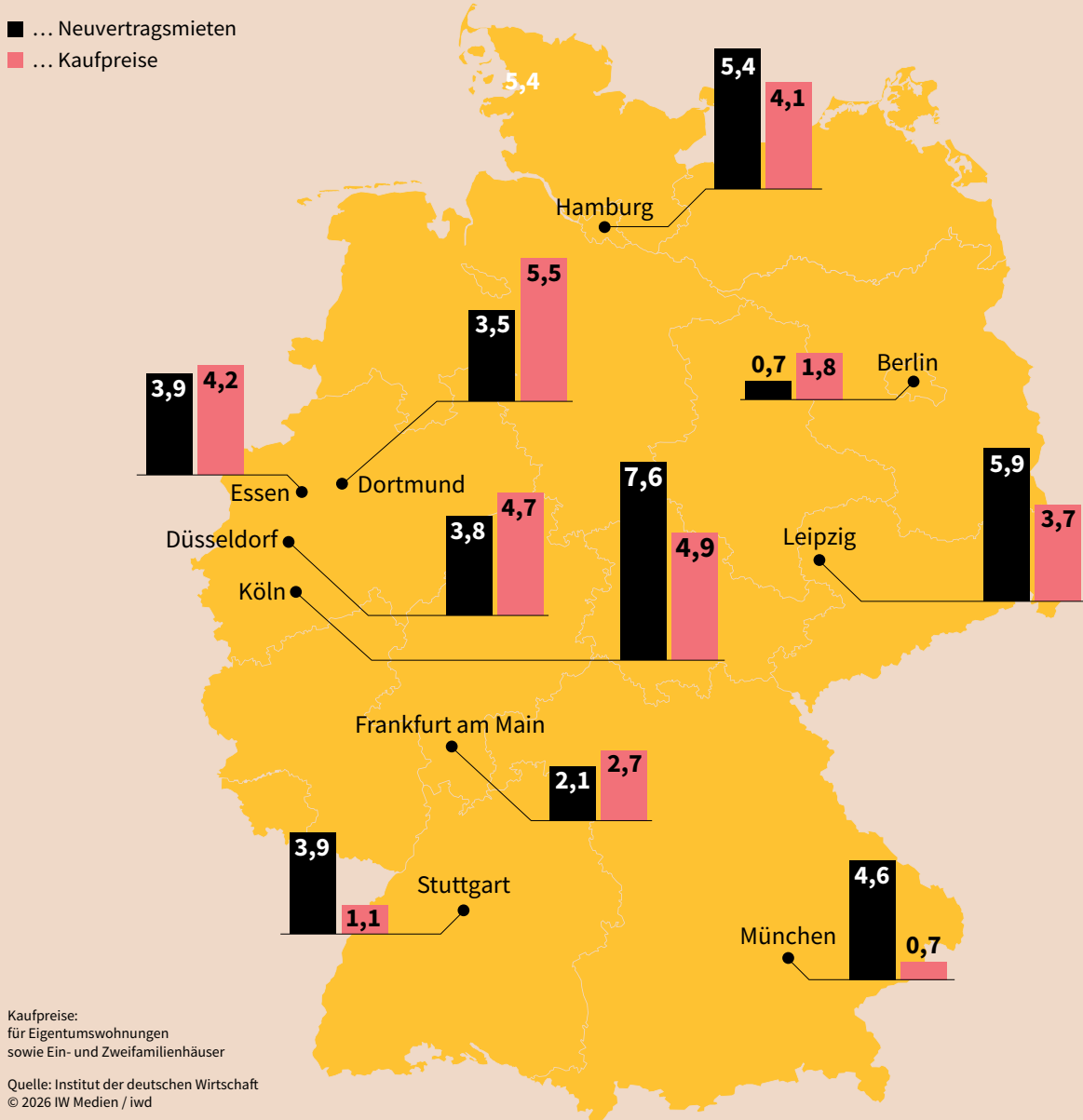
Veränderung im vierten Quartal 2025 gegenüber dem ... in Deutschland in Prozent



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2026 IW Medien / iwd

## Die Städte-Trends auf dem Immobilienmarkt

Veränderung der ... im vierten Quartal 2025 in den zehn größten deutschen Städten gegenüber dem vierten Quartal 2024 in Prozent



den sieben größten des Landes gehören, aber trotzdem eine starke regionale Bedeutung haben – zum Beispiel Leipzig oder Hannover –, sowie in mittelgroßen Städten mit begrenzter wirtschaftlicher Bedeutung, aber attraktiven Lebensbedingungen – etwa Freiburg oder Kiel.

Erklären könnte diesen Trend das Zusammenspiel zwischen Angebot und Nachfrage. So können möglicherweise immer mehr Menschen, die in eine Stadt ziehen wollen, die hohen Preise in den sieben deut-

schen Metropolen nicht stemmen und weichen in die nächstgrößten Städte aus. Dieser gestiegenen Nachfrage kommt das Angebot aufgrund begrenzter Flächenverfügbarkeiten und langen Bauzeiträumen nicht hinterher, sodass die Preise steigen.

Um dem entgegenzuwirken, braucht es mehr Wohnungen – helfen können dabei schnellere Planungs- und Genehmigungsprozesse, vereinfachte Bauvorschriften sowie das Etablieren von seriellem Bauen,

das deutlich kostengünstiger ist als herkömmliche Bauvorhaben. Eine dämpfende Wirkung auf die Baulandpreise – und damit auf die Kosten von Neubauten – hätte zudem die verstärkte Ausweisung von Flächen für den Wohnungsbau.

**IW-Report 3/2026**

Pekka Sagner, Michael Voigtländer:  
IW-Wohnindex – Der Eigentumsmarkt hat sich normalisiert, der Mietmarkt immer noch nicht entspannt

# Neue Regeln für möbliertes Wohnen

**Immobilien.** In Deutschland ist das Angebot an möblierten Wohnungen und Wohnen auf Zeit in den vergangenen Jahren gestiegen. Nun will Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) striktere Vorschriften für diese Wohnformen erlassen.

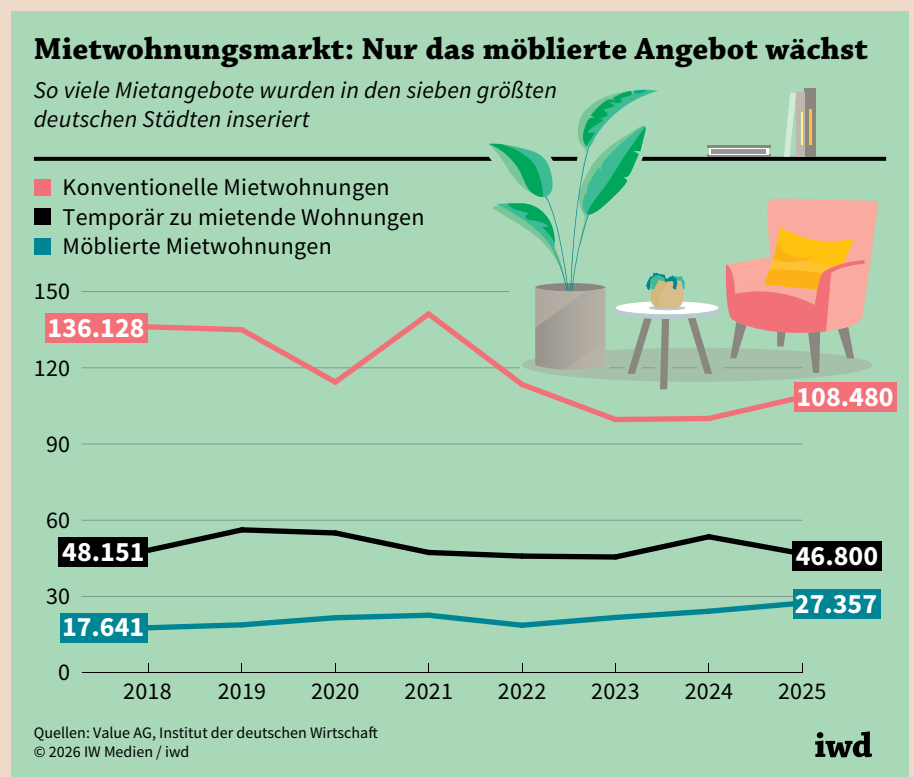
Möbliertes und/oder befristet vermietetes Wohnraum ist meist teurer als konventionelle Mietangebote: Für temporär vermietete Wohnungen gilt die Mietpreisbremse nicht und für möblierte Wohnungen sind die Regeln für einen Möblierungszuschlag nicht einheitlich.

Dies will Bundesjustizministerin Stefanie Hubig nun ändern. Ihr Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, temporär befristete Mietverträge nur dann von der Mietpreisbremse auszunehmen, wenn sie für höchstens sechs Monate abgeschlossen werden. Der Zuschlag für Möblierungen soll sich künftig nach dem Anschaffungswert und Zustand der Möbel richten. Für eine vollständig möblierte Wohnung ist ein pauschaler Aufschlag in Höhe von 5 Prozent der Nettokaltmiete vorgesehen.

Diese Maßnahmen dürften aber kaum für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen. Denn das Problem auf dem Wohnungsmarkt besteht vor allem darin, dass die Zahl der konventionellen Mietangebote zurückgeht (Grafik):

**In den sieben größten deutschen Städten sind die konventionellen Mietangebote zwischen 2021 und 2025 um 32.000 Inserate gesunken, die Zahl der Angebote für möblierten Wohnraum stieg dagegen nur um 5.000.**

Tatsächlich sind möblierte Wohnungen in den größten Städten



im Schnitt 18 Prozent teurer als unmöblierte. Noch höher fällt das Plus mit 33 Prozent bei Wohnen-auf-Zeit-Angeboten aus. Allerdings ist auch die Nachfrage nach solchen Wohnformen gestiegen: Internationale Studenten, Fachkräfte aus Drittstaaten sowie Inländer, die nur eine Zeit lang an ihrem Arbeitsort leben wollen, mieten mit Vorliebe temporär möblierte Wohnungen an.

Den Möblierungszuschlag auf 5 Prozent der Nettokaltmiete zu begrenzen, würde vor allem Vermieten benachteiligen, die Wohnungen

mit qualitativ hochwertiger Ausstattung anbieten. Besser wäre es, dass der Zuschlag eine vollständige und zeitgemäße Möblierung erfordert. Auch eine Begrenzung der temporären Vermietung auf sechs Monate ist zu starr. Maßgeblich sollte der Bedarf sein, also etwa der Zeitraum, den eine internationale Fachkraft braucht, um eine konventionelle Wohnung in Deutschland zu finden.

## IW-Kurzbericht 9/2026

Christian Oberst, Michael Voigtländer: Mehr möblierte Wohnungen – aus guten Gründen

**Interview.** In Deutschland mangelt es vielerorts an Wohnraum. Warum das so ist und wie der Bauturbo gezündet werden könnte, erklärt **Aygül Özkan**, Hauptgeschäftsführerin des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA).

## „Bei der Wohnungssuche spielt Glück im Moment eine große Rolle“

### Wie findet man in einer gefragten Lage am besten eine bezahlbare Wohnung?

Die mühsamste aller Lösungen ist es sicherlich, sich auf eine bereits inserierte Wohnung zu bewerben und mit anderen Interessenten um sie zu konkurrieren. Besser ist es, sich proaktiv bei Wohnungsgesellschaften zu bewerben und alle seine Freunde und sonstigen Kontakte bei der Suche zu mobilisieren. Auch eine Suchanzeige kann hilfreich sein: Private Vermieter – die in Deutschland eine große Rolle spielen – schätzen es, wenn sie auf diese Weise etwas über potenzielle Mieter erfahren. Es ist also ein bisschen dem Glück überlassen, wie die Wohnungssuche im Moment funktioniert.

### Ist das ein Problem?

Ja, denn ein Wohnungswechsel von Personen, die aus beruflichen oder familiären Gründen kurzfristig Wohnraum benötigen, ist hier nicht möglich. Das ginge nur, wenn es in Ballungszentren eine gesunde Leerstandsquote von 4 bis 6 Prozent gäbe. Tatsächlich liegen die Leerstandsquoten in den großen Metropolen weit unter 1 Prozent. Und das zwingt Menschen, die umziehen wollen oder müssen, lange Zeit im Voraus zu planen und zu suchen, sonst hat man keine Chance.

### Die vorherige Bundesregierung hat mal jährlich 400.000 neue Wohnungen versprochen. Im vergangenen Jahr wurden 235.000 neue Wohnungen fertiggestellt, für 2026 gehen Sie von nur 215.000 aus. Warum wird so wenig gebaut?

Aus vielen Gründen: weil die Finanzierungskosten gestiegen sind, ebenso die Baukosten, die für Wohnimmobilien im dritten Quartal 2025 um gut 48 Prozent höher ausfielen als noch vor fünf Jahren; hinzu kommen höhere energetische Standards und die mittlerweile sehr hohen Grundstückskosten in den Ballungszentren. Last but not least sind die Nebenkosten wie die Grunderwerbsteuer von nahezu allen Bundesländern hochgeschraubt worden. Als das Zinsniveau noch sehr niedrig war, haben viele das in Kauf genommen, aber zusammen mit dem jetzigen Zinsniveau von etwa 3,5 Prozent sind 6,5 Prozent Grunderwerbsteuer schon eine Hausnummer.

Ein Projektentwickler, der einen Neubau plant, muss schauen, ob er angesichts dieser Bedingungen noch auf seine Mindestrendite kommt und in den Wohnungsneubau investiert. Hinzukommen noch die vielen Eingriffe über die Mietregulierungen wie beispielsweise die Mietpreis-



Foto: ZIA/Laurence Chaperon

bremse. All das schafft keine Basis des Vertrauens, mit der Investoren und Projektentwickler sich für Wohnungsneubau entscheiden.

### Sie plädieren für freie Marktwirtschaft im Wohnungssektor?

Wir müssen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und dafür an vier Hebeln gleichzeitig ansetzen: Wir müssen erstens den Bauturbo anwenden und Planungs- und Genehmigungsverfahren massiv beschleunigen, um schnelleres Bauen zu ermöglichen. Zweitens müssen die Baukosten gesenkt werden, indem wir mit einem guten Basisstandard bauen. Das kann beispielsweise das Weglassen von Stellplätzen bedeuten oder eine Bodendecke, die ein paar Zentimeter weniger dick ist und trotzdem allen Anforderungen genügt. Drittens müssen die Baunebenkosten runter. Wenn man die Grunderwerbsteuer für alle in allen Bundesländern deutlich absenkt, würde das einen enormen Investitionsschub auslösen. Auch eine erlassene Grunderwerbsteuer etwa für Ersterwerber würden wir sehr begrüßen. Viertens brauchen wir mehr Digitalisierung: Die Kommunen müssen in der Lage sein, Bauanträge digital anzunehmen, komplett digital zu prüfen und so schneller zu genehmigen.

# Die kritischen Dienste

**Europäische Union.** Der Dienstleistungshandel der EU hat in den vergangenen Jahren massiv zugelegt. Wichtigster Partner sind dabei die Vereinigten Staaten. Die engen Verflechtungen manifestieren sich in manchen Bereichen zu kritischen Abhängigkeiten – und das nicht nur auf Seiten der Europäer.

Nationale politische Interessen werden auf internationaler Ebene heutzutage mehr denn je mithilfe wirtschaftlicher Drohkulissen durchgesetzt. Prominente Beispiele sind China, das die Ausfuhren kritischer Rohstoffe einschränkt, und die USA mit ihrer erratischen Zollpolitik.

Umso wichtiger ist es aus EU-Sicht, die eigenen wirtschaftlichen Problemfelder zu kennen und zugleich zu wissen, mit welchen Hebeln man im Zweifel selbst Druck auf Verhandlungspartner ausüben kann.

Ein zunehmend wichtiger Bereich ist dabei der Dienstleistungssektor,

denn hier ist das Handelsvolumen zuletzt stark gestiegen:

**Im Jahr 2023 hat die EU Dienstleistungen im Wert von fast 2,8 Billionen Dollar exportiert. 2005 erzielte sie erst 1 Billion Dollar mit entsprechenden Ausfuhren. Auch die Dienstleistungsimporte sind stark gestiegen auf zuletzt knapp 2,7 Billionen Dollar.**

Damit entwickelte sich der Handel mit Dienstleistungen deutlich dynamischer als jener mit Waren.

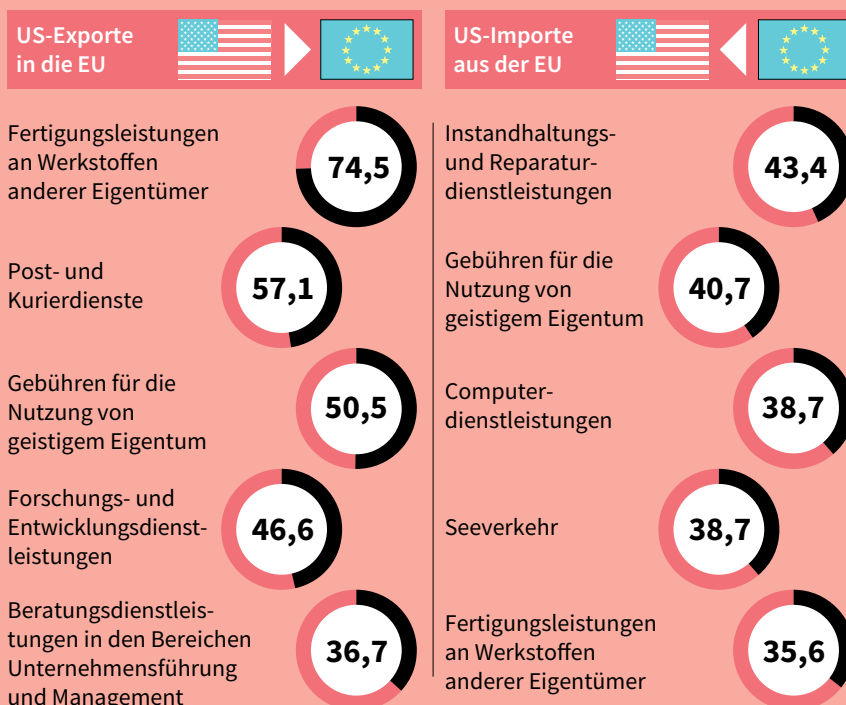
Das IW hat sich die bilateralen Ströme der Dienstleistungen nun auf Basis einer neuen Datenbank der OECD und der Welthandelsorganisation genauer angesehen. Dabei ist es zunächst wichtig, zwischen dem Handel innerhalb der EU und jenem mit Drittstaaten zu unterscheiden. Der Intra-EU-Handel belief sich export- und importseitig im Jahr 2023 auf jeweils gut 1,4 Billionen Dollar. Die EU hat außerdem Dienstleistungen im Wert von insgesamt knapp 1,4 Billionen Dollar in Drittländer exportiert und für mehr als 1,2 Billionen Dollar Serviceleistungen aus Drittländern importiert.

Wichtigste Handelspartner im Dienstleistungssektor außerhalb der europäischen Staatengemeinschaft sind die USA:

**Insgesamt hat die EU im Jahr 2023 Dienstleistungen im Wert von rund 349 Milliarden Dollar aus den**

## Dienstleistungen: Wo die USA abhängig von der EU sind

So viel Prozent des US-Handels mit diesen Dienstleistungen auf 2-Steller-Ebene entfielen im Jahr 2023 auf die EU



2-Steller-Produktgruppen: detaillierte Klassifikation der Produktgruppen gemäß der amtlichen Außenhandelsstatistik  
Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

**Vereinigten Staaten importiert und solche im Wert von 255 Milliarden Dollar dorthin exportiert.**

Damit verhält es sich bei den Dienstleistungen genau umgekehrt zum Warenhandel, wo die EU mehr in die USA exportiert als von dort importiert. Ebenso schwächt sich durch das europäische Defizit bei den Dienstleistungen das Argument der Schiefelage beim Handel insgesamt ab, mit dem die Amerikaner ihre verschärfte Zollpolitik teils begründen.

Auch wenn die EU mehr Dienstleistungen aus den USA importiert, als sie dorthin exportiert: In einigen Dienstleistungssegmenten ist die Exportabhängigkeit der EU von den USA besonders groß (Grafik):

**41 Prozent der EU-Exporte von audiovisuellen und damit verbundenen Diensten gingen 2023 in die Vereinigten Staaten.**

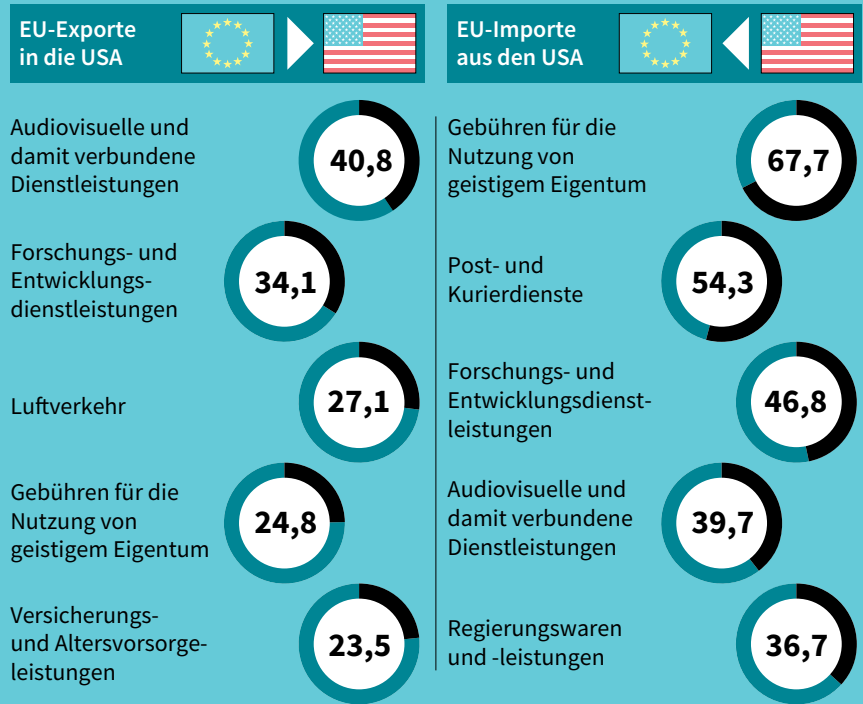
Ihr Exportwert war mit 6 Milliarden Dollar aber vergleichsweise gering. Den höchsten Exportwert unter den fünf Dienstleistungsarten, bei denen die EU vom Absatz in den USA am abhängigsten ist, verzeichneten mit 26 Milliarden Dollar die Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum. Dazu gehören etwa Markenrechte oder Lizenzen für Computer-Software und Patente.

Auch die EU-Importabhängigkeit von den USA ist bei Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum besonders ausgeprägt. Der US-Anteil liegt hier bei zwei Dritteln und auch absolut gesehen ist dies mit 96 Milliarden Dollar der mit Abstand größte Einfuhrposten. Ebenfalls oberhalb der 50-Prozent-Marke an allen EU-Dienstleistungsimporten liegen die von US-Unternehmen erbrachten Post- und Kurierdienste.

Aber auch die USA sind im Dienstleistungshandel auf Europa angewiesen (Grafik Seite 6). So gehen fast drei Viertel der US-Expor-

**Dienstleistungen: Wo die EU abhängig von den USA ist**

So viel Prozent des EU-Handels mit diesen Dienstleistungen auf 2-Steller-Ebene entfielen im Jahr 2023 auf die USA



2-Steller-Produktgruppen: detaillierte Klassifikation der Produktgruppen gemäß der amtlichen Außenhandelsstatistik  
 Quellen: OECD, Institut der deutschen Wirtschaft  
 © 2026 IW Medien / iwd



te im Segment „Fertigungsleistungen an Werkstoffen anderer Eigentümer“ in die EU. Bei Post- und Kurierdiensten sowie den Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum liegt der Anteil jeweils über 50 Prozent. In letzterer Dienstleistungskategorie ist zudem der US-Exportwert in die EU mit rund 96 Milliarden Dollar besonders hoch.

Auf der Importseite der US-Abhängigkeit von EU-Dienstleistungen stehen die Instandhaltungs- und Reparaturdienstleistungen an erster Stelle. Das größte Volumen hat indes ein anderer Bereich:

**Die USA importierten im Jahr 2023 Computerdienstleistungen im Wert von 32 Milliarden Dollar aus der EU. Das entspricht einem Einfuhranteil von annähernd 39 Prozent.**

Zwar sind die USA in der Gesamtschau im Dienstleistungssektor weniger abhängig von der EU als umgekehrt. Dennoch können die Vereinigten Staaten nicht ohne Weiteres auf die EU als Partner im Dienstleistungshandel verzichten, da die transatlantischen Verflechtungen sehr eng sind und die EU gerade als Absatzmarkt für US-Unternehmen schwer ersetzbar ist. Beide Aspekte sollte die EU berücksichtigen, wenn sie im Kontext des Handelsstreits mit den USA über ihre Strategie nachdenkt, etwa wenn es um die Option der zusätzlichen Besteuerung amerikanischer Tech-Konzerne geht.

**IW-Report 2/2026**

Samina Sultan: Dienstleistungshandel – Wo ist die EU stark, wo bestehen Abhängigkeiten?

# Getrübt Stimmung im Ländle

**Baden-Württemberg.** Am 8. März wählen die Baden-Württemberger einen neuen Landtag. Wirtschaftlich steht das Bundesland noch gut da – die künftige Regierung muss sich aber um die Zukunft der Industrie kümmern.

## Baden-Württemberg in Zahlen

im Jahr 2025

|  | Baden-Württemberg | Deutschland |
|--|-------------------|-------------|
| Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro  | 57.294            | 50.819      |
| Bruttoinlandsprodukt – reale Veränderung gegenüber 2010 in Prozent                             | 22,3              | 16,9        |
| Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – Veränderung gegenüber 2010 in Prozent    | 26,2              | 24,7        |
| Arbeitslosenquote in Prozent   | 4,6               | 6,3         |
| Glasfaserversorgung der privaten Haushalte mit mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde in Prozent | 29,8              | 42,9        |

Bruttoinlandsprodukt: Stand 2024

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Gigabit Grundbuch, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Es ist das Ende einer Ära: Wenn die rund 7,7 Millionen Wahlberechtigten in Baden-Württemberg am 8. März ihren neuen Landtag wählen, wird Winfried Kretschmann nicht mehr auf dem Wahlzettel stehen. Nach 15 Jahren als Regierungschef tritt der Grünen-Politiker ab. Wer ihn beerbt, ist offen – laut Umfragen ist es am wahrscheinlichsten, dass die Grünen ihre Koalition mit der CDU fortsetzen können, dann allerdings mit getauschten Rollen unter der Führung von CDU-Spitzenkandidat Manuel Hagel.

Über den Ausgang der Wahl dürfen zum ersten Mal auch 16- und 17-Jährige mitentscheiden – Baden-Württemberg ist eines von sechs Bundesländern, die das Wahlalter für Landtagswahlen herabgesetzt haben. Die Minderjährigen machen gut 180.000 der knapp 650.000 Erstwähler im Ländle aus.

Wie die Wahl auch ausgehen wird: Die künftigen Regierungsparteien müssen den Standort stärken, denn die Stimmung im Bundesland ist getrübt. In einer Umfrage des Südwestrundfunks bewertete im Januar

2026 nur noch rund ein Drittel der Einwohner die wirtschaftliche Lage als gut und lediglich 13 Prozent erwarteten einen konjunkturellen Aufschwung. Das dürfte vornehmlich daran liegen, dass eine ganze Reihe großer Unternehmen wie Bosch, Mercedes-Benz oder der Autozulieferer ZF Friedrichshafen plant, Stellen abzubauen.

Im gesamtdeutschen Vergleich steht das Bundesland aber noch gut da (Grafik):

**Bei allen wichtigen Wirtschaftsindikatoren schneidet Baden-Württemberg besser ab als der Bundesdurchschnitt.**

Im Städteranking der IW Consult kommen zudem regelmäßig viele baden-württembergische Städte auf vordere Plätze, die Landeshauptstadt Stuttgart landet seit Jahren unter den ersten drei.

Ausbaufähig ist dagegen die Glasfaserversorgung – Mitte 2025 konnte weniger als ein Drittel der privaten Haushalte in Baden-Württemberg eine Geschwindigkeit von mindestens 1.000 Megabit pro Sekunde per Glasfaser nutzen, nur im Saarland und in Thüringen waren es noch weniger. Dazu passen Ergebnisse aus dem IW-Zukunftspanel vom Frühjahr 2025, bei dem 36 Prozent der baden-württembergischen Firmen angaben, durch Probleme mit den Kommunikationsnetzen in ihren Geschäftsabläufen erheblich beeinträchtigt zu sein.

# Schutz durch Chips

**Taiwan.** Als Weltmarktführer für hochentwickelte Mikrochips spielt Taiwan eine Schlüsselrolle für Lieferketten auf der ganzen Welt. Das schützt den Inselstaat bislang auch vor einem militärischen Angriff Chinas.

Sie sind in Smartphones verbaut, helfen beim Steuern von Autos und Flugzeugen und sind im Bereich der künstlichen Intelligenz unverzichtbar – Mikrochips sind ein essenzieller Bestandteil moderner Technologien. Auch Drohnen oder Satelliten funktionieren nur mit ihnen, womit die Chips sicherheitspolitisch relevant sind.

Technisch am anspruchsvollsten sind sogenannte Logikchips. Sie verarbeiten in Echtzeit Daten, führen Berechnungen durch und digitale Befehle aus. In der Herstellung dieser Chips ist Taiwan Weltmarktführer:

**Allein 64 Prozent der globalen Umsätze mit Logikchips entfielen 2024 auf die Taiwan Semiconductor Manufacturing Company, den größten Produzenten des Landes.**

Die starke Position in dem kritischen Industriezweig dient dem kleinen Inselstaat auch als Absicherung gegen einen Angriff Chinas, das Taiwan als abtrünnige Provinz betrachtet und notfalls mit Gewalt eingliedern will. Da Taiwan aber für die meisten Staaten aktuell ein unverzichtbarer Lieferant von Logikchips ist, hofft das Land im Ernstfall auf Unterstützung. Zwar wollen viele Volkswirtschaften ihre eigenen Produktionskapazitäten ausbauen, das internationale Konfliktpotenzial und die zu erwartenden weltwirtschaftlichen Verwerfungen bei einer militärischen Annexion oder einer Seeblockade Taiwans sollen die chinesische Führung dennoch abschrecken.

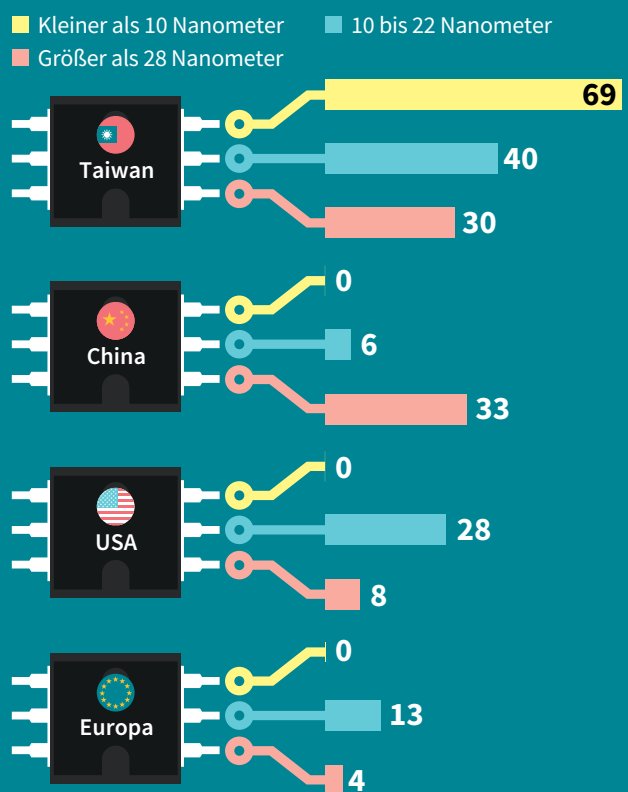
Ein Angriff auf Taiwan wäre zudem auch für China selbst ein wirtschaftliches Fiasko, schließlich ist die Volksrepublik ebenfalls auf Chiplieferungen angewiesen. Zwar stellt das Reich der Mitte viele Logikchips selbst her, allerdings hauptsächlich die technologisch weniger anspruchsvollen mit einer Größe von mehr als 28 Nanometern. Diese braucht es für Haushaltsgeräte oder Autos, wo es weniger auf minimalen Platzverbrauch ankommt. Im Bereich der kleinsten Chips führt dagegen kein Weg am chinesischen Nachbarn vorbei (Grafik):

**Im Jahr 2022 standen 69 Prozent der Produktionskapazitäten aller Logikchips mit einer Größe von weniger als zehn Nanometern in Taiwan.**

Die restlichen 31 Prozent entfielen auf Südkorea – weder China noch die USA oder Europa hatten zuletzt eigene Kapazitäten. Selbst wenn China die Kontrolle

## Chipindustrie: Weltmarktführer Taiwan

Anteil an den globalen Produktionskapazitäten von Logikchips dieser Größe im Jahr 2022 in Prozent



Logikchips: Daten verarbeitende Mikrochips, je kleiner, desto technologisch anspruchsvoller; keine Herstellung von Chips zwischen 23 und 28 Nanometern

Quelle: Taipei Representative Office in Singapore  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

über taiwanische Anlagen erlangen würde, könnte es diese nicht oder nur begrenzt weiter betreiben, da es kurzfristig an entsprechenden Kenntnissen und aufgrund der absehbaren Sanktionen anderer Staaten im Falle eines Einmarsches langfristig an Vorleistungsgütern mangeln würde.

### IW-Kurzbericht 12/2026

Gero Kunath: Taiwans Chipindustrie – Friedensgarantie oder Risiko?

# Ballast abwerfen

**Bürokratie.** Die Bundesregierung hat sich den Abbau bürokratischer Vorschriften auf die Fahne geschrieben. Nach Meinung der Unternehmen in Deutschland hat der Papierkram allerdings bis zuletzt weiter zugenommen. Wie sich dieser Trend umkehren und der bürokratische Aufwand verringern ließe, dazu haben die Firmen klare Vorstellungen.

Die aktuelle Regierung unter Kanzler Friedrich Merz hat ein neues Ministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung geschaffen, um den Bürokratieabbau voranzutreiben. An hehren Zielen mangelt es nicht: Unter anderem sollen Bürger und Unternehmen künftig mit dem EUDI-Wallet ihre Behördenkontakte umfassend online abwickeln können. Außerdem soll eine One-in-two-out-Regelung – für jede neue Vorschrift müssen zwei alte entfallen – dafür

sorgen, dass der Berg an bürokratischen Regelungen tatsächlich allmählich abgetragen wird.

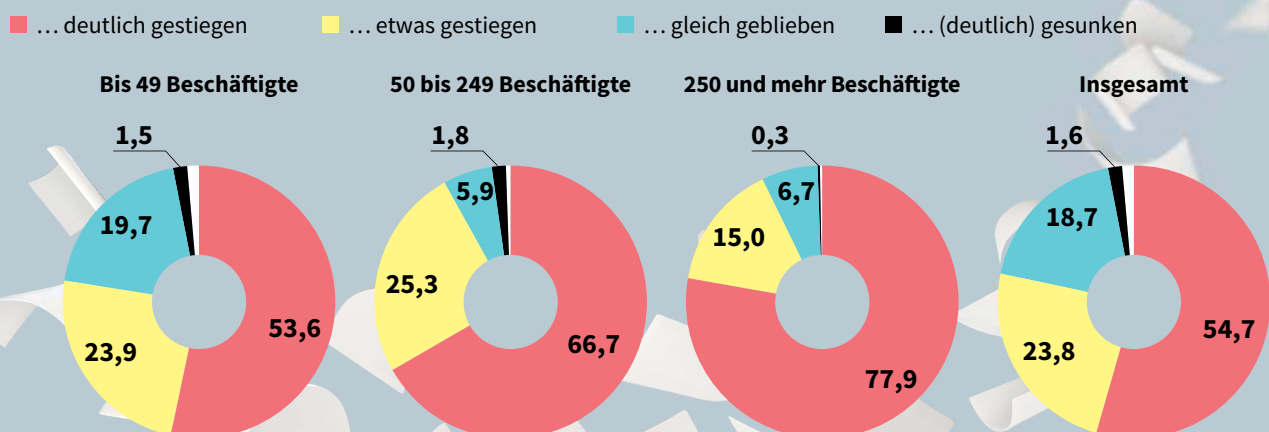
Konkret umgesetzt wurden aber bisher nur kleinere Vorhaben wie die Verringerung der Zahl der Sicherheitsbeauftragten in den Betrieben sowie der sogenannte Bauturbo – ein Erbe der Ampelkoalition. Und so ist es verständlich, dass die Firmen keine echte Entlastung verspüren – sondern eher das Gegenteil, wie eine IW-Befragung zeigt (Grafik):

**Im Herbst 2025 gaben fast 80 Prozent der befragten Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleister an, der Aufwand zur Erfüllung gesetzlicher Berichts- und Dokumentationspflichten sei in den vergangenen drei Jahren gestiegen.**

Um mit der Vorschriftenflut fertig zu werden, mussten in den vergangenen drei Jahren fast drei Viertel aller Unternehmen ab 250 Mitarbeitern und knapp die Hälfte der Betriebe

## Bürokratieaufwand für Betriebe wächst

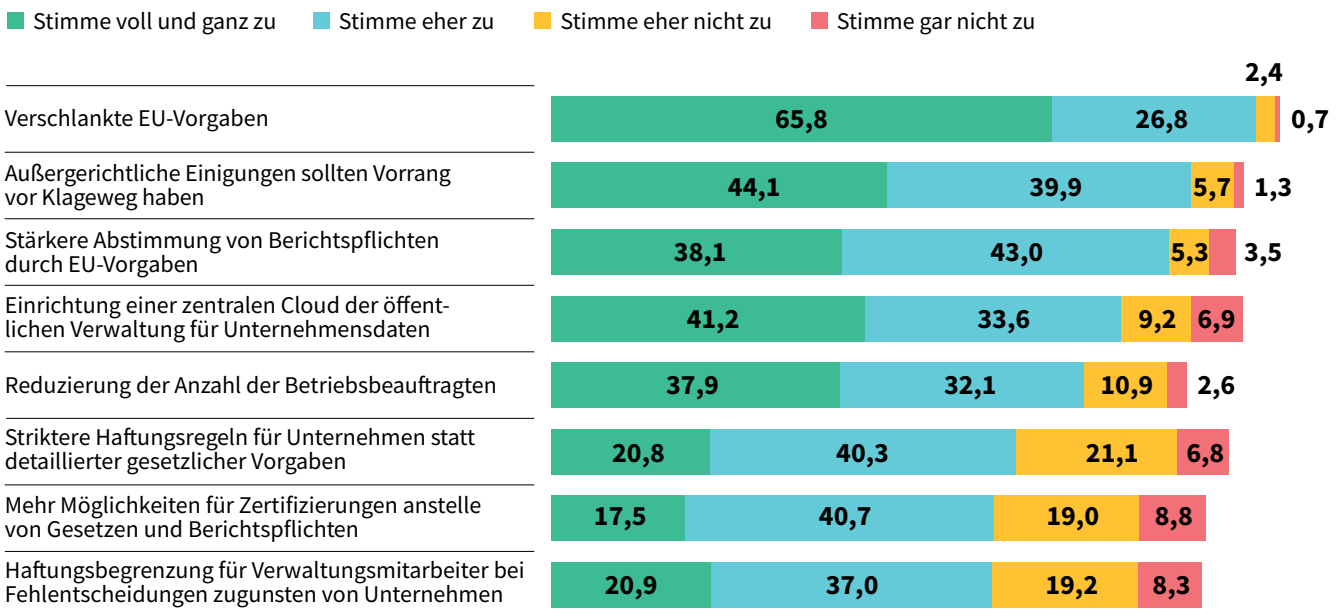
So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland sagen, der mit der Erfüllung gesetzlicher Berichts- und Dokumentationspflichten verbundene Aufwand sei in den vergangenen drei Jahren ...



Rest zu 100: weiß nicht/keine Angabe  
Befragung von 1.088 Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleistern vom 2.10. bis 1.12.2025 im Rahmen des IW-Zukunftspanels  
Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

## Bürokratieabbau: Was Unternehmen für hilfreich halten

Auf die Frage, ob folgende Maßnahmen Bürokratie reduzieren könnten, antworten so viel Prozent der Unternehmen in Deutschland wie folgt



Rest zu 100: weiß nicht/keine Angabe  
Befragung von 1.088 Industrieunternehmen und industrienahen Dienstleistern vom 2.10. bis 1.12.2025 im Rahmen des IW-Zukunftspanels

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

mit 50 bis 249 Beschäftigten neue Stellen schaffen.

Doch warum tut sich Deutschland mit dem Bürokratieabbau so schwer? Auch dazu hat das IW die Unternehmen befragt:

**Allen voran führt für 94 Prozent der Firmen der Wunsch nach Rechtssicherheit zu immer detaillierteren gesetzlichen Vorgaben.**

Es ist plausibel, dass in Zeiten des Umbruchs – etwa durch die künstliche Intelligenz – auch die Unternehmen selbst sich klare Vorgaben wünschen. Doch die wenig aufeinander abgestimmten EU-Rechtsakte zur Digitalisierung wie die Datenschutzgrundverordnung, der Data Act und der AI Act haben in der Wirtschaft bislang eher zu größerer Verunsicherung geführt als für Klarheit gesorgt.

Etwa je 90 Prozent der Befragten stimmen des Weiteren den Thesen zu, der Bürokratieabbau käme nicht voran, weil in Deutschland bestehen-

de Gesetze und Verordnungen nicht systematisch auf ihren Nutzen geprüft würden und weil die deutsche Gesetzgebung dazu neige, EU-Vorgaben überzuerfüllen.

Die Firmen fassen sich allerdings auch an die eigene Nase:

**Knapp acht von zehn Unternehmen sagen, der Bürokratieabbau werde dadurch be- oder verhindert, dass einzelne Branchen ihre speziellen Interessen beim Staat durchzusetzen versuchen, was zu komplexeren Gesetzen führe.**

Das IW hat aber nicht nur die Kritik der Unternehmen eingeholt, sondern auch wissen wollen, wie die Firmen Maßnahmen bewerten, die zum Bürokratieabbau beitragen könnten. Ein Weg ist dabei aus Sicht der Wirtschaft besonders erfolgversprechend (Grafik):

**Insgesamt fast 93 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, die bürokratische Belastung**

**könnte durch schlankere EU-Vorgaben reduziert werden.**

In dieses Bild passt auch, dass 81 Prozent der Unternehmen eine Chance zum Bürokratieabbau sähen, wenn die verschiedenen EU-Richtlinien besser aufeinander abgestimmt wären, sodass die Berichtspflichten für die Betriebe vereinheitlicht werden könnten und weniger Widersprüche enthielten.

Generell wollen die Firmen mit mehr Eigenverantwortung zum Bürokratieabbau beitragen. So sind fast zwei Drittel der Meinung, ein erheblicher Teil der in den vergangenen Jahren verabschiedeten Gesetze könne durch Selbstverpflichtungen der Unternehmen ersetzt werden.

**IW-Policy Paper**

Klaus-Heiner Röhl, Susanne Seyda, Edgar Schmitz: Bürokratielasten aus Sicht der deutschen Wirtschaft

# Das Koordinationsproblem

**Energie.** Wasserstoff soll als Energieträger dazu beitragen, die deutsche Wirtschaft Richtung Klimaneutralität zu transformieren. Trotz Fortschritten kommt der Hochlauf der Technik jedoch langsamer voran als erwartet. Das hängt vor allem mit der schwierigen Koordination beim Aufbau der drei zentralen Säulen der Wertschöpfungskette zusammen.

In der deutschen Klimastrategie spielt Wasserstoff eine wichtige Rolle. Er kann Energie speichern und transportieren sowie als Rohstoff in der Industrie genutzt werden. Doch im Gegensatz zu anderen Energieträgern gibt es für Wasserstoff keine gewachsene Infrastruktur. Das stellt Deutschland vor eine große Herausforderung:

**Die drei zentralen Säulen der Wertschöpfungskette für Wasser-**

**stoff – Erzeugung, Infrastruktur und Nachfrage – müssen zügig und vor allem synchron aufgebaut werden, da sie im hohen Maße voneinander abhängig sind.**

Ganz konkret: Fehlt die Infrastruktur, kann die Industrie nicht auf Wasserstoff umstellen; fehlen die Abnahmegarantien, lohnen sich Investitionen in die Wasserstoffinfrastruktur nicht. Und wenn nicht genügend Wasserstoff erzeugt oder

importiert werden kann, scheitert das System ebenso.

Deutschland hat daher einen Fahrplan entwickelt, wie der Aufbau einer Wasserstoffversorgung gelingen soll. In der Infrastruktur liegt der Fokus zunächst auf dem Netzaufbau und anschließend auf den Speicherkapazitäten (Grafik Seite 13):

**Bis zum Jahr 2035 soll ein staatlich abgesichertes Kernnetz für Wasserstoff mit einer Länge von 9.000 Kilometern für 19 Milliarden Euro entstehen. Speicherkapazitäten sollen vor allem in den Jahren 2035 bis 2045 aufgebaut werden.**

Die Kapazitäten für die Elektrolyse – ein chemisches Verfahren, um grünen Wasserstoff zu gewinnen – sollen sukzessive erweitert werden. Bis 2045 plant die Politik mit Investitionen von 74 Milliarden Euro, die zu einer Kapazität von 68 Gigawatt führen sollen (Grafik).

Auch für die Nachfrage gibt es aufseiten des Bundes Prognosen und Erwartungen bis zum Jahr 2045. Die Nachfrage soll sich zu diesem Zeitpunkt auf 371 bis 694 Terawattstunden belaufen. Alle drei Bereiche stehen damit im Einklang.

## Der Wasserstoffplan

Mit Investitionen in Höhe von so vielen Milliarden Euro in Elektrolysekapazität in Deutschland plante die Politik im Jahr 2024

■ Installierte Kapazität in Gigawatt

Bis 2030

16

10

Bis 2035

40

34

Bis 2040

59

49

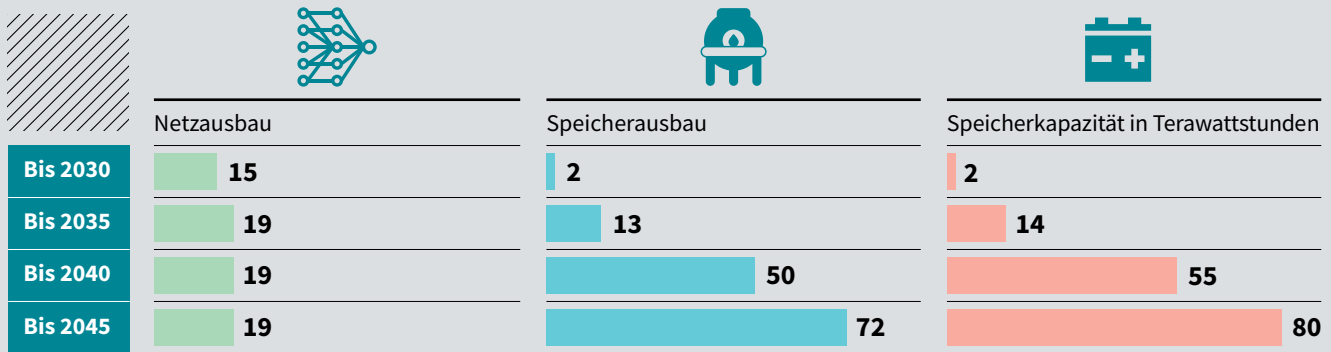
Bis 2045

74

68

## Viel Geld für die Wasserstoffinfrastruktur

Mit Investitionen in Höhe von so vielen Milliarden Euro für das Wasserstoffnetz und die Wasserstoffspeicher in Deutschland plante die Politik im Jahr 2024



Netzausbau: Kernnetz von 9.000 Kilometern soll bis 2035 fertiggestellt sein

Quellen: Bundesnetzagentur, Boston Consulting Group  
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Allerdings ist alle Theorie bekanntlich grau. In der Praxis gibt es diverse Unwägbarkeiten:

**Erzeugung.** Derzeit stocken Elektrolyseprojekte bundesweit. Neben gestiegenen Anlagenkosten wirken sich auch die hohen Stromkosten negativ aus, da sie den Betrieb einer Elektrolyse weniger rentabel machen. Zudem führen enge regulatorische Vorgaben der EU beim Strombezug zu einer geringen Auslastung der Anlagen und verschlechtern deren Wirtschaftlichkeit.

Ein weiteres Hemmnis sind die langwierigen Genehmigungsverfahren für neue Anlagen. Zum einen gibt es neben baurechtlichen Auflagen je nach Größe der Anlage verpflichtende Öffentlichkeitsbeteiligungen und Umweltverträglichkeitsprüfungen. Zum anderen ist die Genehmigung von Wasserstoffprojekten für viele Behörden ein neues Thema, wodurch oftmals standardisierte Verfahren fehlen.

**Infrastruktur.** Die Bundesnetzagentur hat das Netzentgelt für Wasserstoff auf etwa das Vierfache des Netzentgelts für Erdgas festgelegt. Die Industrie hatte auf einen dreifachen Wert gehofft. Durch das

hohe Netzentgelt könnte der Hochlauf des Wasserstoffmarktes erschwert werden.

Ein weiteres infrastrukturelles Sorgenkind sind die Wasserstoffkavernenspeicher. Sie sind elementar für den Erfolg der Wasserstoffstrategie. Der Bau eines neuen Speichers dauert nach neuesten Studien aber bis zu 15 Jahre. Bislang gibt es zudem kaum Anreize für Speicherbetreiber zu investieren.

**Nachfrage.** Die Kosten des in Deutschland produzierten grünen Wasserstoffs sind derzeit für viele Abnehmer zu hoch. Und Preise auf dem Niveau von Erdgas sind trotz steigendem CO<sub>2</sub>-Preis vorerst nicht zu erwarten. Der Umstieg auf Wasserstoff ist daher ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung in den meisten Fällen nicht wirtschaftlich.

Auch im Mobilitätssektor bleibt die Nachfrage nach Wasserstoff bislang hinter früheren Erwartungen zurück. Technologische Fortschritte bei Batterien führen dazu, dass besonders im Verteilerverkehr zunehmend auf batterieelektrische Antriebe gesetzt wird. Potenziale für Wasserstoff bestehen am ehesten noch im Lkw-Fernverkehr.

Beim Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft gibt es in Summe viele Herausforderungen, die angegangen werden müssen. Allein die vom Bund geplanten Investitionen und Abnahmemengen sind angesichts der ökonomischen Realitäten aller Wahrscheinlichkeit nach deutlich zu optimistisch angesetzt. Anpassungen sind daher dringend nötig.

Entscheidend ist, die Produktionskosten zu senken. Dazu bedarf es niedrigerer Stromkosten und einer pragmatischeren Ausgestaltung der EU-Vorgaben für den Betrieb von Anlagen zur Elektrolyse. Darüber hinaus sind tragfähige Finanzierungs- und Regulierungsmodelle für Netze zur Verteilung von Wasserstoff erforderlich, damit auch Akteure ohne direkten Anschluss an das Kernnetz Zugang erhalten und eine dezentrale Einspeisung ermöglicht wird.

Da die Nachfrage nach Wasserstoff voraussichtlich geringer ausfällt als ursprünglich geplant, sollten Infrastruktur- und Ausbauziele zudem stärker an die tatsächlich zu erwartende Nachfrage angepasst werden, um kostspielige Fehlplanungen zu vermeiden.

# Biodinkel aus der Drogerie

**Konsum.** Ökologisch erzeugte Lebensmittel und Getränke bilden in Deutschland immer noch einen Nischenmarkt, dennoch hat der damit erzielte Umsatz im Jahr 2025 ein neues Hoch erreicht. Dabei kaufen Verbraucher Bioprodukte längst nicht mehr nur im klassischen Einzelhandel oder beim Bauern ein, sondern zunehmend in Drogeriemärkten.

Dinkelvollkornmehl, Kichererbsen und Linsen aus der Dose, Trockenmischungen für Gemüse-Bratlinge, vegane Bratwürstchen, zwei Dutzend Milchalternativen und das alles in Bioqualität: Drogeriemärkte verkaufen längst nicht mehr nur Klopapier und Duschgel, sondern zunehmend Biolebensmittel. Von allen Verkaufsstätten für ökologisch produzierte Lebensmittel legten die Drogerien im vergangenen Jahr das größte Plus hin (Grafik):

**Im Jahr 2025 konnten die Drogeriemärkte in Deutschland ihren Umsatz mit Biolebensmitteln um fast 20 Prozent auf 1,9 Milliarden Euro steigern.**

Damit erreichten die Drogeriemärkte einen Anteil von 11 Prozent am gesamten deutschen Biomarkt.

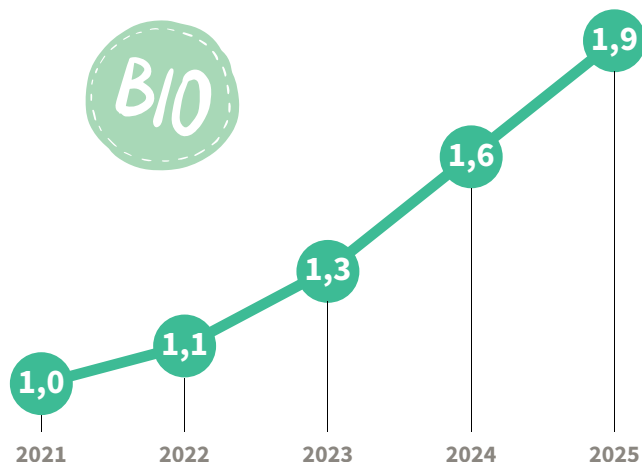
Doch auch insgesamt lief es im vergangenen Jahr gut für die hiesige ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft (Grafik Seite 15):

**Die Verbraucher in Deutschland kauften 2025 für 18,2 Milliarden Euro Biolebensmittel und -getränke, ein Plus von 6,7 Prozent gegenüber 2024.**

Da die Verbraucherpreise für Bio im Trockensegment stabil blieben und für frische Lebensmittel nur um 2 Prozent zulegten, basiert das Umsatzplus in erster Linie auf einem Absatzplus: Besonders gefragt waren im Jahr 2025 Bioflügel (plus 16,7 Prozent), Biomehl (plus 13,6 Prozent) und Biojoghurt (plus 13,4 Prozent). Gesunken ist der Absatz von rotem Biofleisch (minus 7,4 Prozent),

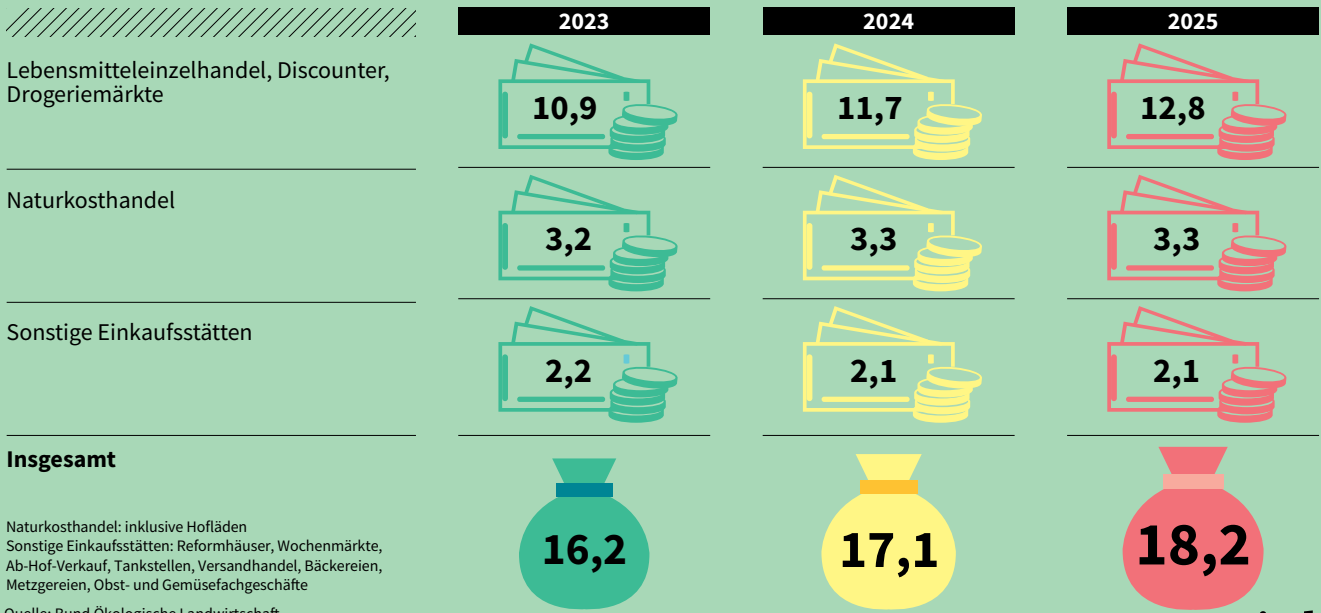
## Bio einkaufen in der Drogerie

So viele Milliarden Euro setzten Drogeriemärkte in Deutschland mit Biolebensmitteln um



## Biolebensmittel: Umsatz steigt weiter

So viele Milliarden Euro gaben Verbraucher in Deutschland für Biolebensmittel und -getränke aus



Biobutter (minus 5,8 Prozent) und frischen Biokartoffeln (minus 3,7 Prozent).

Insgesamt haben Biolebensmittel einen Anteil von knapp 7 Prozent am Gesamtumsatz für Lebensmittel in Deutschland. Auch wenn die Menge der Bioware, die hierzulande verkauft wird, im Vergleich zur Menge an konventionellen Lebensmitteln klein ist, kann sich Deutschland bei vielen Biolebensmitteln dennoch nicht selbst versorgen. Im Jahr 2024 – dies sind die neuesten verfügbaren Zahlen – wurden beispielsweise 24 Prozent der Biomilchprodukte importiert, gut ein Drittel des in der Bundesrepublik verkauften Bioschweinefleischs stammte aus Nachbarländern und Biomöhren wurden gar zu 40 Prozent aus dem Ausland eingeführt.

Ursache dafür ist, dass die Nachfrage das heimische Angebot übertrifft: Im Jahr 2025 wurden in Deutschland 11,7 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche ökologisch bewirtschaftet, nur 1,1 Prozentpunkte mehr als im Jahr zuvor. Die Zahl der Biohöfe nahm sogar um 412 ab – auf 35.470. Insgesamt erwirtschafteten die Biolandwirte in

Deutschland 2024 rund 3,8 Milliarden Euro, 6,3 Prozent mehr als 2023.

Um das Ausbauziel von 30 Prozent Ökolandbau in Deutschland bis 2030 zu erreichen (die EU strebt 25 Prozent an), ist es nach Aussagen des Bundes Ökologische Landwirtschaft beispielsweise notwendig, dass die EU-Agrarpolitik die Umweltleistungen von Biohöfen klarer honoriert. Der Dachverband argumentiert, dass Biolandwirte auf konventionelle Pflanzenschutzmittel verzichten, auf die Fruchtfolge achten, um die Bodenfruchtbarkeit zu erhalten und Erträge ohne Einsatz von synthetischem Dünger zu sichern, und ihre Nutztiere artgerecht halten. Aufgrund dieser Anbaumethoden tragen die Biobauern auch maßgeblich zum Gewässerschutz bei.

Im EU-Ranking der Bioausgaben pro Person landete Deutschland zuletzt auf Platz vier: Im Jahr 2024 gaben hiesige Verbraucher im Schnitt 201 Euro für Biolebensmittel aus – in Luxemburg waren es 272 Euro, in Österreich 317 Euro und in Dänemark 375 Euro.

### Impressum

**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland  
**Redaktionsleiter:** Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · **Redaktion:** Berit Schmiendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger  
**Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 13,64/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Wir versenden klimafreundlich mit der Deutschen Post

Zahl der Woche

Um mehr als **400.000**



ist die Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland, die vom Export nach China abhängen, von 2021 bis 2025 schätzungsweise gesunken – auf weniger als 700.000. Chinas Absatzmarkt ist also längst nicht mehr das Eldorado für die deutschen Exporteure. Im Gegenteil: Dass die Exporte nach China schrumpfen, ist ein weiterer Belastungsfaktor für die deutsche Wirtschaft.

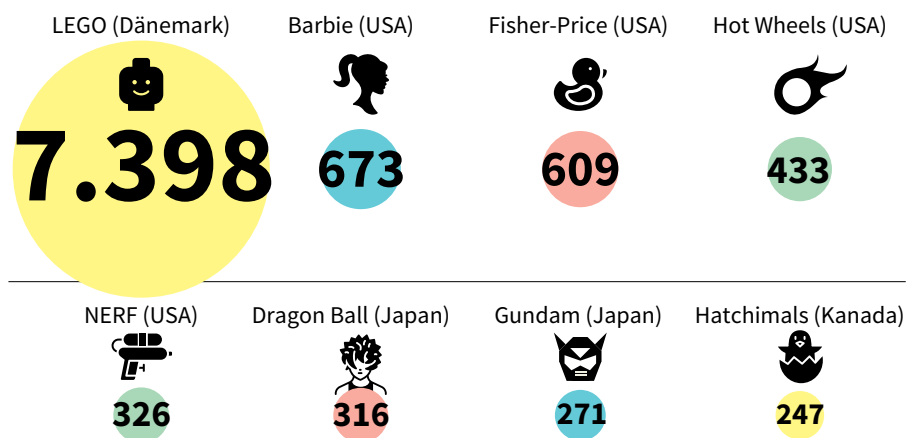
Die Schätzung des IW basiert im Wesentlichen darauf, wie sich die deutschen Ausfuhren in die Volksrepublik entwickelt haben: Im Jahr 2025 hat Deutschland Waren und Dienstleistungen im Wert von schätzungsweise 93 Milliarden Euro nach China geliefert – ein Rückgang um rund 29 Prozent gegenüber dem Rekordwert von 2021. Weil die deutschen Exporte insgesamt in diesem Zeitraum um etwa 15 Prozent zulegen, verringerte sich der Anteil Chinas an allen Ausfuhren um mehr als ein Drittel auf zuletzt nur noch 5,2 Prozent. Die gesamtwirtschaftliche Relevanz der Lieferungen nach China sank wegen der allgemeinen Exportkrise sogar noch etwas stärker: Im Jahr 2025 machten die Ausfuhren ins Reich der Mitte 2,1 Prozent des deutschen Bruttoinlandsprodukts aus – vier Jahre zuvor waren es noch 3,6 Prozent.

## Top-Liste: Goldgrube Kinderzimmer

Sie fördern die Kreativität, unterstützen die Fantasie, stärken die Motorik – und bringen in erster Linie viel Spaß: Spielwaren sind ein wichtiger Bestandteil der Kindheit. Und auch im Erwachsenenalter reißt die Begeisterung für Actionfiguren, Modellbausätze, Puzzles oder Gesellschaftsspiele oft nicht ab. Entsprechend groß ist der Markt: Im Jahr 2024 setzten Unternehmen weltweit rund 120 Milliarden Euro mit Spielwaren um. Etablierte Marken, die von ihrer Bekanntheit unter den Konsumenten profitieren, sind dabei die größten Umsatztreiber. Das beste Beispiel kommt aus Dänemark: LEGO war 2024 mit großem Abstand die Spielwarenmarke mit dem höchsten geschätzten Markenwert – das Beratungsunternehmen Brand Finance bezifferte ihn auf rund 7,4 Milliarden Euro. Auf den Plätzen zwei bis vier folgten mit Barbie, Fisher-Price und Hot Wheels drei Marken des amerikanischen Konzerns Mattel, nach der LEGO Group der zweitgrößte Spielzeughersteller der Welt.

### Spielwaren: LEGO ist stärkste Marke

Geschätzter Markenwert der wertvollsten Spielwarenmarken im Jahr 2024 in Millionen Euro



Markenwert: immaterieller Wert, den eine Marke aufgrund ihrer Bekanntheit bei Konsumenten für ein Unternehmen hat  
Quelle: Brand Finance  
© 2026 IW Medien / iwd